

Dieb wollte den Geldbeutel klauen

Tübingen. Ein Dieb hat am Montagabend versucht, einer 21-Jährigen den Geldbeutel zu stehlen. Wie die Polizei berichtet, war die junge Frau gegen 19.35 Uhr zu Fuß von der Fürststraße in Richtung Hechinger Straße unterwegs, als ihr der Mann entgegenkam. Er war bereits an ihr vorbei, als er sich plötzlich umdrehte und nach dem Geldbeutel griff, den die 21-Jährige in der Hand hielt. Die schrie den Dieb sofort an, woraufhin er das Portemonnaie losließ und in Richtung Christophstraße flüchtete. Der Mann wird wie folgt beschrieben: Er soll etwa 20 bis 30 Jahre alt sein, schlank und 1,70 bis 1,75 Meter groß. Er trug eine tarnfarbene Camouflage-Hose, schwarze Schuhe und ein schwarzes Sweatshirt, dessen Kapuze er ins Gesicht gezogen hatte. Die Polizei bittet Zeugen, die zur Tat oder dem Dieb Angaben machen können, sich unter der 0 70 71 / 9 72 86 60 zu melden.



Nicht angeschnallt, mit Handy am Ohr

Tübingen. Mehr als 50 Verstöße hat die Polizei in Tübingen am Montagmorgen geahndet. Am Hechinger Eck (Stuttgarter Straße) kontrollierten die Beamten ab 14.15 Uhr drei Stunden lang den fließenden Verkehr. 14 Fahrzeuginsassen waren nicht angeschnallt. 37 Fahrer wurden erwischt, weil sie sich mit ihrem Handy beschäftigten oder telefonierten. Die Kontrollen, warnt die Polizei, gehen weiter.

100 protestierten gegen Abschiebungen nach Afghanistan

„Abschiebung ist Mord“, skandierten etwa 100 Demonstrant(inn)en gestern am frühen Abend auf dem Tübinger Marktplatz. Anlass war die für gestern geplante Sammelabschiebung abgelehnter Asylbewerber von München nach Kabul. „Es ist unverantwortlich, nach Afghanistan abzuschicken“, sagte Andreas Linder vom Tübinger Bündnis Bleiberecht. Das Land gelte als das zweitunsicherste weltweit, jährlich forderten der Krieg sowie der Terror von Taliban und IS dort über 10 000 zivile Opfer. Die Versorgungslage sei katastrophal, es gebe mehr als eine Million Binnenvertriebene und weder Arbeit

noch Gesundheitsversorgung für weitere Rückkehrer. Die wahre Sicherheitslage werde in aktuellen „Horrorberichten“ der Vereinten Nationen und von Amnesty International realistisch wiedergegeben, so Linder. Doch die Bundesregierung wolle möglichst viele Afghanen abschieben und verzögere deshalb seit Monaten die Veröffentlichung eines neuen Lageberichts zu Afghanistan. Dabei ist die deutsche Botschaft in Kabul immer noch geschlossen, seit sie Ende Mai 2017 Ziel eines verheerenden Bombenanschlags wurde. Und schließlich schaffe die deutsche Politik auch selbst Fluchtursachen,

sagte Linder – etwa durch die Genehmigung von Rüstungsexporten an Länder wie die Türkei, die gerade in Nordsyrien einmarschiert. Die Botschaft der Protestierenden war auch an Tübingens OB Boris Palmer gerichtet, der gesagt hatte: Das Risiko, in Chicago ermordet zu werden, sei höher, als in Afghanistan Opfer des Krieges zu werden. Im Anschluss an die Kundgebung zogen die Demonstranten vom Marktplatz durch die Stadt und über die Neckarbrücke. Dabei zeigten sie Transparente, auf denen etwa zu lesen war: „Afghanistan ist sicher – und die Erde ist eine Scheibe.“ vor / Bild: Metz

Dem Lastwagen die Vorfahrt genommen

Tübingen. Eine Fahranfängerin hat am Montagabend an der Einmündung der B 27 in die Reutlinger Straße einen Unfall mit etwa 8000 Euro Schaden verursacht. Die 18-Jährige aus Tuttlingen war kurz nach 19 Uhr mit ihrem Renault auf der B 27 in Richtung Tübingen unterwegs. An der Einfahrt auf die Reutlinger Straße stand unmittelbar vor ihr ein Laster, dessen 52-jähriger Fahrer verkehrsbedingt warten musste und sich zum Rechtsabbiegen etwas weiter links einordnete. In dem Glauben, man dürfe auf der breit ausgebauten Straße in beide Richtungen abbiegen, fuhr die 18-Jährige rechts an dem Laster vorbei. In diesem Moment bog der aber rechts ab und die Fahrzeuge krachten zusammen. Das Auto war so kaputt, dass es abgeschleppt werden musste.

Mehrheit wollte Schlussstrich

Ehrenbürger Über 100 Interessierte kamen zur Vorstellung der Studie über Hans Gmelin: „Ein ehemaliger Nationalsozialist, der sich zum Demokraten entwickelte.“ Von Manfred Hantke

Der Ratssaal füllte sich am Montagabend wie selten, einige Stühle mussten noch hineingetragen werden. Über 100 Interessierte kamen zur öffentlichen Vorstellung der Studie über den früheren OB Hans Gmelin, der 1975 zum Ehrenbürger ernannt wurde. Niklas Krawinkel stellte seine Erkenntnisse über Gmelins NS-Vergangenheit und dessen Karriere nach 1945 vor.

Aberkennung oder nicht? Viele Kommunen tun das posthum nicht, weil mit dem Tod die Ehrenbürgerwürde erlischt, so die Erste Bürgermeisterin Christine Arbogast. In Tübingen hingegen werde der formale Akt der Aberkennung als „politisches und symbolisches Zeichen der Aufarbeitung“ gesehen. Der Gemeinderat hat 2013 drei Ehrenbürgern (Adolf Scheef, Theodor Haering und Paul von Hindenburg) diese Würde posthum aberkannt.

Krawinkel beleuchtete in seinem Vortrag einzelne Stationen in Gmelins Leben, verfolgte dessen Werdegang als völkisch-nationalistischer Student, SA-Mann, Kompanieführer

eines Freikorps, der es bis zum Gesandtschaftsrat in Bratislava gebracht hatte (wir berichteten). Dort war Gmelin „aktiv an der Verfolgung und Ausgrenzung beteiligt“, er hat „den Weg für Deportationen der slowakischen Juden bereitet“, so Eckart Conze, Professor für Neuere Geschichte in Marburg und Betreuer der Studie. Dass Deportation Ermordung bedeutete, „wusste er seit 1942“. Nachrichten über den Massenmord an Juden hätten die Gesandtschaft schon erreicht, aber sie seien als „Feindpropaganda“ interpretiert worden, erklärte Gmelin nach dem Krieg.

Zunächst „minderbelastet“, wurde Gmelin später als „Mitläufer“ eingestuft. Nach 1945 fand er bald Unterstützung. Entlastende Aussagen seien von Innenminister Viktor Renner gekommen. „Vermutlich“ durch dessen Vermittlung sei Gmelin 1949 beim Wirtschaftsministerium in Stuttgart untergekommen.

Dort stieg er bis zum Oberregierungsrat auf und bewarb sich als Kandidat bei der Tübinger OB-Wahl 1954. Hitzige Reden in den Sälen, Le-

serbriefschlachten im TAGBLATT: Die Wahl war zugleich auch eine „Abstimmung über den Umgang mit der NS-Vergangenheit“, so Krawinkel. Die Mehrheit wollte den „Schlussstrich“ und war der Meinung, Gmelin habe aus der Vergangenheit gelernt. Das zeige er durch sein Bekenntnis zur Demokratie.

„Entschlossen“ sei Gmelin für demokratische Verfahren eingetreten, so Krawinkel. Die von Willy Brandt geprägte Deutschland- und Ostpolitik habe er unterstützt und „eine Wandlung vollzogen“. „Maßgeblich“ beteiligt war er an Kontakten zur DDR. So stand laut Conze „an der Spitze von Tübingen ein ehemaliger Nationalsozialist, der sich zum Demokraten entwickelte“.

Der aber auch NS-Belasteten bei ihrer „zweiten Chance“ behilflich sein wollte und sich für Hinterbliebene des Tübinger Ex-OB Ernst Weinmann („Henker von Belgrad“) einsetzte, so Krawinkel. Auf der „Heimkehrertafel“ wurde die Grenze zwischen einfachen Soldaten und wegen Kriegsverbrechens Verurteilten verwischt. Auch stellte Gme-

lin die städtische Verantwortung für Opfer in Frage, lehnte eine Gedenkfeier zum Synagogenbrand ab.

„Die NS-Belastung ist kein statischer Begriff“, sagte Conze. Der Begriff sei heute weiter, differenzierter und vielschichtiger. Es gehe nicht nur um die „unmittelbare Mitwirkung“, auch hinnehmendes, zulassendes und unterstützendes Verhalten müsse erforscht werden. Gmelin stehe für beides – für aktives sowie für zulassendes und unterstützendes Handeln. Während es in der unmittelbaren Nachkriegszeit nur um die Spitzenrepräsentanten des NS-Regimes ging, seien in den Folgejahrzehnten auch „andere Typen“ in den Fokus gerückt.

Conze sei „weit davon entfernt, Ratschläge zu geben“, sagte er auf Nachfrage aus dem Publikum, aber ein Ehrenbürger müsse „moralisches Vorbild“ sein.

Info Die Studie ist kostenlos erhältlich unter: www.tuebingen.de. Am morgigen Donnerstag befasst sich der Kulturausschuss mit dem Thema. Beginn: 17.30 Uhr, es ist der Tagesordnungspunkt 8.

@ tagblatt.de

Whatsapp, Telegram, Insta: Mehrere Messenger-Apps fürs Smartphone beliefert die Tagblatt-Online-Redaktion mit den wichtigsten Nachrichten und Links zu den interessantesten Geschichten. Wenn Sie aktuell informiert sein wollen, melden Sie sich an: www.tagblatt.de/Whatsapp

Mittwochspalte

Dieter Zeller
Fraktion AL/Grüne



Die Zukunft der Altenpflege

Der Stadtseniorenrat und der Gemeinderat haben die Stadtverwaltung um einen Bericht zur Tübinger Strategie zur Sicherung der Pflege/Seniorengerechte Teilorte und Quartiere gebeten. Dieser liegt nun vor und zeigt: Es gibt bereits heute nicht genügend Pflegeplätze, und alle derzeit geplanten Ausbaumaßnahmen werden nicht verhindern, dass bis 2030 das Defizit von jetzt 43 auf 182 Pflegeplätze steigen wird. Alarmierend ist, dass durch den Mangel an Pflegekräften bereits heute die vorhandenen Pflegeplätze nicht vollständig belegt werden können. Bei der ambulanten Pflege sieht es nicht besser aus.

Eine Liste von Maßnahmen, die die Stadtverwaltung im Bericht vorschlägt, zeigt, welche Herkulesaufgabe vor uns liegt: Massiver Ausbau von Pflegeplätzen in Kernstadt und Teilorten, Hilfe beim Aufbau von Pflege-WGs, mehr Unterstützung/Entlastung pflegender Angehöriger, Projekte zur Nachbarschaftshilfe, Förderung gemeinschaftlicher Wohnformen und barrierefreien Wohnens und anderes mehr (Vorlage 528 a/2017).

Das bereits akute Problem des Fachpersonalmangels droht sich schnell zu verschärfen. Bei der Personalgewinnung könnte die Stadt zum Beispiel durch Hilfe bei der Wohnraumbeschaffung etwas beitragen, oder durch Unterstützung von Ausbildungsgängen für Migrantinnen. Vor allem müssen Bundes- und Landesregierung umgehend die Rahmenbedingungen verbessern. Die Altenpflegerinnen brauchen verlässliche Dienst- (und Freizeit-)planung, damit sie nicht die Freude am Beruf verlieren. Das geht nur, wenn die Teams ausreichend Personal haben, um Ausfälle zum Beispiel durch Krankheit ausgleichen zu können. Dazu sind ausreichende gesetzliche Personalmindestgrenzen nötig.

Eine Berufsstandvertretung wie für andere Berufe ist nötig, damit die Pflegerinnen Gehör in den gesellschaftlichen und politischen Gremien erhalten. Auch die Entlohnung darf großzügiger sein, und es muss massiv geworben werden, damit mehr Menschen diesen Beruf ergreifen. Dabei sollen nicht nur die Jungen angesprochen werden, auch Ältere, die umschulen wollen, sind willkommen.

Wir beabsichtigen deshalb, mit einer deutlich formulierten Resolution des Tübinger Gemeinderats Hilfe und Unterstützung vom Land, dem Bund und den zuständigen Verbänden einzufordern. *Privatbild*

Mittwochs kommen hier Ratsfraktionen, Stadtverwaltung und Jugend-Gemeinderat im wöchentlichen Wechsel zu Wort.

markt

Habenjob oder Vollzeit? Wir suchen Sie (m/w) als...
Ihr Aufgabengebiet: Programmierung und Bedienung von CNC-gesteuerten...
Tätigkeit, Vollzeit

Traumjob gefunden.

Wir expandieren! CNC-Fräser m.w. Ihre Aufgabengebiet: Programmierung und Bedienung von CNC-gesteuerten...
Tätigkeit, Vollzeit

Die besten Stellen in der Region finden Sie jetzt online im Jobportal des Schwäbischen Tagblatts und der Neckar-Chronik.

mein-jobmarkt.de

DAS WETTER HEUTE, MITTWOCH, 21. FEBRUAR 2018

Sonnenaufgang: 7.21 Uhr
Sonnenuntergang: 17.55 Uhr

0° / -2°

Es bleibt trüb und es bleibt frostig. Der Nordostwind frischt unangenehm böig auf, dadurch fühlt sich die Luft kälter an.

DAS WETTER GESTERN

Höchste Temp.	0,9 °C
Niedrigste Temp.	-0,8 °C
Niederschlagsmenge	0,0 l/m²
Windgeschwindigkeit	5,4 km/h
Ozon (O ₃)	58 µg/m³

VORSCHAU

Do. **Fr.** **Sa.**

MONDPHASEN

Do.	Fr.	Fr.	Fr.
15. 2.	23. 2.	2. 3.	9. 3.

Die Temperaturwerte in Grad Celsius sowie der Ozon-Höchstwert werden in einem Zeitraum von 24 Stunden (vorgestern 16 Uhr bis gestern 16 Uhr) ermittelt. Der Ozon-Grenzwert liegt bei 180µg/m³.



Warm und kuschlig sind noch nicht aus dem Rennen.

Bild: Metz